

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Berlag Heinz. Jährenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Ecken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 47

Düsseldorf, den 23. November 1929

Verbandort Krefeld

Gerechte Wirtschaft

M. Ueberfluß und egoistisches Gewinnstreben auf der einen Seite — Not und Bedürftigkeit auf der anderen Seite; das sind die charakteristischen Kennzeichen unseres wirtschaftlichen Lebens. Uebersteigerten persönlichen Wirtschaftsbedürfnissen einiger Wenigen stehen völlig unzulängliche Löhne, stehen kaum noch existenzmäßige Lebensverhältnisse der breiten Massen gegenüber. Der persönliche Eigennutz steht vor dem Wohle der Allgemeinheit.

Diese gekennzeichnete Ungerechtigkeit wirtschaftlichen Handelns ist begründet durch die fehlende sittliche Wirtschaftsmoral und Verantwortlichkeit jener Kreise, die heute im Besitze der wirtschaftlichen Macht, so führten wir im Leitartikel der letzten Nummer unserer Zeitung über diese unhaltbaren Zustände in unserem Wirtschaftsleben aus.

Daraus ergeben sich die Konsequenzen, die die deutsche Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung beachten muß, wenn sie die gekennzeichneten Mängel unseres Wirtschaftslebens beseitigen will. Jene unverantwortlich handelnden Kreise sind im Besitze der wirtschaftlichen Macht. Die Erreichung unseres Zieles einer gerechten Wirtschaft ist deshalb im wesentlichen eine Frage der gewerkschaftlichen Macht. Wir müssen dieser mißbrauchten wirtschaftlichen Macht eine größere, eine noch stärkere Macht entgegenstellen: die Macht der organisierten Arbeiterschaft.

Über die Frage der Wirtschaftsführung ist nicht nur eine Machtfrage. Sie ist vielmehr darüber hinaus zugleich eine Frage der grundsätzlichen Einstellung und des Geistes, der die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterbewegung erfüllt. Nur dann kann die deutsche Arbeiterschaft den herrschenden Wirtschaftsegoismus überwinden, wenn sie mit ihrer gewerkschaftlichen Macht zugleich an seine Stelle einen anderen Geist, — den Geist der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit, eine Moral der wirtschaftlichen Verpflichtung setzen kann.

Ist das der Fall? Ist die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von einem solchen Geiste der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit und Verpflichtung getragen?

Wir müssen bei der Beantwortung dieser Frage einen grundsätzlichen Unterschied in der Beurteilung der deutschen Gewerkschaftsbewegung machen. Denn wir sehen, um es offen heraus zu sagen, einen großen Meerhaufen der deutschen, organisierten Arbeiterschaft Wege gehen, die niemals zu solcher wirtschaftlichen Verantwortlichkeit führen können. Diese Verantwortlichkeit kann nur wachsen auf einem Fundamente, das im Christentum begründet, dem Menschen eine höhere Verantwortung, eine im weltanschaulich-religiösen verwurzelte Verpflichtung auferlegt. Das kann der christentumsfeindliche Sozialismus niemals. Seine letzten Beweggründe, seine Grundzüge, sind ebenso materialistisch-egoistischer Art wie eben der Egoismus jener „kapitalistisch“ gestimmten Kreise, die an der Wirtschaft heute Raubbau treiben. Die tiefere sittliche Moral, die wir eben als Motiv allen wirtschaftlichen Handelns fordern und verwirklichen müssen, geht dem Sozialismus ab. — Wenn ich lebendig auf ein Diesseits, auf ein irdisches Leben mein Streben richte und keine überirdische, göttliche Gerechtigkeit anerkenne, dann kann ich auch keine höhere Verpflichtung für mein wirtschaftliches Handeln empfinden. — So weiß der Sozialismus an die Stelle des heutigen Wirtschaftsegoismus auch nichts anderes, besseres zu setzen als Neuerlichkeiten, die hohl und leer sind.

Darum mußte der Klassenkampf von unten, den die freien Gewerkschaften der Arbeiterschaft als Parole ausgaben, den Klassenkampf von oben auslösen und letzten Endes versagen. Darum mußte sich ihre Sozialistierungs-idee als eine Illusion erweisen, der die Verwirklichungsmöglichkeit fehlt — weil die grundsätzliche Voraussetzung bei den Menschen nicht gegeben ist: die Idee und der Glaube an eine höhere Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit. Die höhere Verantwortung der Menschheit ist das Fundament einer gerechten Wirtschaft, in der das Wohl der Allgemeinheit dem eigenen Wohle voransteht!

Darin aber liegt die große Mission der christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß sie, von einer christlichen Weltanschauung getragen, diese Verantwortungsidee in ihren Grundzügen bejaht und in ihrem Streben verwirklichen will. Darin liegt die Zukunft der christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß sie diese Verantwortlichkeit an die Stelle der heutigen Verantwortungslosigkeit im Wirtschaftsleben setzen kann! Darum glauben wir an die Zukunft unserer Bewegung und an die Erreichung unseres Zieles:

Gerechte Wirtschaft!

Notleidende Arbeiterschaft!

Die Löhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit

Vielleicht verschreit man uns als Kommunisten, wenn wir dem Artikel „Notleidende Textilindustrie“ in der letzten Nummer unserer Zeitung heute eine Abhandlung, „Notleidende Arbeiterschaft“, gegenüberstellen. Vielleicht nennt man es Verhegung, wenn wir nach der Schilderung der Existenz — „Sorgen“ eines kleinen Kreises vom Wirtschaftsertrage Ueberbegünstigter heute eine Darstellung der Lage der deutschen Textilarbeiterschaft, der Existenzsorgen ungezählter Textilarbeiterfamilien anschließen.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Aber wieviel Prozent der Textilarbeiterschaft konnten denn mit einem solchen Ergebnis von einem guten Geschäftsgange profitieren?

27,3 bis 36,8 Prozent der Textilarbeiter waren nach den statistischen Erhebungen unseres Verbandes in den letzten Monaten durchschnittlich Kurzarbeiter! Circa 13,8 bis 18,7 Prozent davon arbeiteten nur fünf Tage; 7,6 bis 14,6 Prozent nur vier Tage; 4,6 bis 7,1 Prozent nur drei und zwei Tage! Mit anderen Worten:

Ein Drittel aller Textilarbeiter verdiente infolge Kurzarbeit einen Lohn, der zwischen 11,21 bzw. 18,84 RM. und zwischen 18,68 bzw. 31,40 RM. wöchentlich lag.

Darüber hinaus aber waren durchschnittlich 6,9—8,6 Prozent aller Textilarbeiter in den letzten Monaten völlig arbeitslos — auf die unzulänglichen Unterstützungssätze der Arbeitslosen-Versicherung angewiesen.

Wer will behaupten, daß die Arbeiterschaft einen auch nur in etwa ihren Bedürfnissen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Anteil am Ertrage der Wirtschaft fand?

Dabei muß festgestellt werden, daß ihre Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit keineswegs überall eine Folge wirtschaftlich notwendiger, zwingender Ereignisse war. In leichtsinniger, unverantwortlicher Weise ist vielmehr vielerorts die heute üblich gewordene Betriebs einschränkungsmaßnahme zum Schaden der Arbeiterschaft gehandhabt worden. Nach Recht und billigem Ermessen ihr zustehende Unterstützung ist ihr vielfach durch bürokratische Kurzsichtigkeit versagt worden. Ein unzulängliches Betriebsstilllegungsrecht wurde mißbraucht als lohnpolitisches Kampf- und wirtschaftliches Druckmittel — auf Kosten der Existenz der betroffenen Arbeiterschaft.

Textilarbeiter in Not:

Tausende von Textilarbeitern leiden Not! Tausende von Textilarbeiterfamilien kämpfen tagtäglich mit den bittersten Existenzsorgen! Wir erinnern nur an die Verhältnisse in Schlesien. Zustände, die die deutsche Presse monatelang beschäftigt haben. Sollen wir die Kranken- und Hungerziffern wiederholen, die uns von dort berichtet werden?

Man veranstaltet für die notleidende Arbeiterschaft Sammlungen und Unterstützungsaktionen. Wir verkennen den guten Willen solcher Maßnahmen keineswegs und sind allen jenen, die ihren notleidenden Mitmenschen in Schlesien von eigenem Entbehrlichen oder von

ihrem eigenen Wenigen einen Teil opfern, dankbar. Aber wir müssen gerade angesichts dieser Tatsache mit doppeltem Nachdruck die Forderung erheben, daß durch eine Reform der heutigen unhaltbaren Wirtschaftsweise Wandel in diesen Dingen geschaffen wird!

Die Arbeiterschaft will keine Wohlfahrts-Geschenke und keine Armenpflege; sie fordert Arbeit und ausreichenden Lohn! Man sage uns nicht, das sei „wirtschaftlich unmöglich“! Man nenne unsere Forderung nicht weltfremd oder illusorisch!

Es muß nicht so sein, daß auf der einen Seite Menschen aus unserer Arbeit Ertrag im Ueberfluß schöpfen und leben, während auf der anderen Seite Tausende von Arbeiterfamilien bittere Not leiden!

Es muß nicht so sein, daß auf der einen Seite Millionenbeträge an einige wenige Personen verteilt werden, während auf der anderen Seite eine ausgepreßte Arbeiterschaft kaum das Notwendigste zum Leben hat.

Das sind wirtschaftliche Zustände, die schreiend es Unrecht sind! Das zu zeigen, ist der Zweck unserer Zeilen. Und zugleich die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft aufzurütteln aus ihrer Lethargie und gewerkschaftlichen Gleichgültigkeit, in der sich viele Tausend Arbeitskolleginnen und -kollegen noch immer befinden.

Die Beseitigung dieser Mißstände liegt bei uns! Das allen Kolleginnen und Kollegen klarzumachen, ist unsere Pflicht. Durch intensive Werbetätigkeit für unsere Ideen und unsere Bewegung wollen wir alle Abseitigen sammeln und gewinnen zur Mitarbeit. Wir wollen ihnen immer wieder zurufen:

Wacht auf, Kolleginnen und Kollegen! Helft uns, Arbeitsbrüder und Arbeitsschwester! Legt mit Hand an an unserem Werke:

Wir müssen Wandel schaffen!



Not und Sorgen zu überwinden; die Arbeiterschaft einer besseren Zukunft entgegenzuführen — Das ist unser Ziel. Kollegin, Kollege! Hilf uns in diesem Streben. Denke an Deine Werbepflicht!

Solche Vorwürfe können uns in unserem Vorhaben nicht irre machen. Uns veranlaßt kein klassenkämpferisch heftiges Motiv zu solcher Gegenüberstellung. Nicht um zu verhegen und aufzubeugen geben wir sie. Die Ungerechtigkeit des heutigen wirtschaftlichen Handelns weiter Unternehmungskreise, die Unverantwortlichkeit einer Wirtschaft- und Lohnpolitik, wie sie heute vielfach üblich ist, zu kennzeichnen, das ist unsere Absicht. Das können wir nicht besser, als wenn wir der Lage und den Sorgen jener begünstigten Kreise die Lage der Arbeiterschaft gegenüberstellen und zeigen, welche Sorgen hier tagtäglich Gast im Hause sind.

Wie ist es denn um die wirtschaftliche Lage der deutschen Textilarbeiterschaft bestellt?

Die Löhne.

Nicht nach Hunderten, Tausenden oder Zehntausenden von Mark berechnen sich die Zahlen, mit denen wir da operieren müssen wie bei den „selbstverständlichen Ansprüchen“ der Begünstigten unserer Industrie — mögen sie Unternehmer und Besitzer oder Aufsichtsräte und Direktoren der Werke sein. Die Arbeiterschaft muß mit wenigen Marken und Pfennigen rechnen, wenn sie die Bilanz des Ertrages ihrer Arbeit ziehen will:

57,6 Pfg. bzw. 78,5 Pfg. Stundendurchschnittslohn für Facharbeiter und 46,7 Pfg. bzw. 66 Pfg. Stundendurchschnittslohn für Hilfsarbeiter stellte das Reichsstatistische Amt als Durchschnittsverdienst der Textilarbeiterschaft im Juli 1929 fest.

Das ist das Einkommen, mit dem Tausende von Textilarbeitern und Tausende von Textilarbeiterfamilien haushalten müssen. Das Einkommen, von dem oft Familien mit drei, vier, fünf und mehr Personen leben müssen!

22,42 bis 37,68 RM. Wochenlohn bei voller Arbeitszeit, das ist die „Dividende“, die „Lantieme“, die die Textilarbeiterschaft bei gutem Geschäftsgange erhält!

Werbung!

Wer rasst, kauft. Wer wolle die Wahrheit dieses Satzes in Anwendung auf unsere Gewerkschaftsbewegung bezweifeln? Ein Verband, der nicht den Ehrgeiz hat und den energischen Willen, über den erreichten Stand hinaus sich vorwärts zu entwickeln, befindet sich bereits in absteigender Entwicklung. Ununterbrochene Entfaltung organisatorischer Werbetätigkeit ist deshalb der Motor, der unsere Gewerkschaftsbewegung vorwärts treibt. Sorgen wir deshalb gemeinsam dafür, daß wir in dieser Richtung in den kommenden Wintermonaten besonders tätig sind.

Möglichkeiten zu diesem Ziele sind genug vorhanden. Denn in allen Ortsgruppen, in vielen Betrieben gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht mit eingesezt sind in die Front zum gemeinsamen Kampf für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg des Arbeiterstandes. An alle diese Kolleginnen und Kollegen muß sich dauernd und planmäßig unsere Werbearbeit richten. Neben der unerlässlichen Begleitung und Oberbereitschaft erfordert das von uns die Kenntnis, Erfahrung und Anwendung der rechten Mittel, um Erfolge zu erzielen.

erste Grundvoraussetzung

gehört dazu die gute Vorbereitung der Agitationsarbeit. Sie zu leisten, sind in erster Linie die Ortsgruppenleitungen zusammen mit den einzelnen Betriebsvertretungen berufen. Die Hauptaufgabe, die sie hierbei zu übernehmen haben, besteht in der Sammlung von Anschriften möglichst aller unorganisierten Kolleginnen und Kollegen und ihre Aufstellung auf örtliche Bezirke gemäß der Zahl der Helfer und Helferinnen, die für die praktische Durchführung der Werbearbeit zur Verfügung stehen. Bei der Durchführung der Hausagitation ist erfahrungsgemäß die Art die erfolgreichste, daß je zwei Kolleginnen oder Kollegen zusammen jede Adresse für sich zur agitatorischen Bearbeitung übernehmen, damit einer den anderen im Einzelfalle vor allem mit verbenden Beweisen unterstützen kann. Denn das ist der wesentliche Vorteil, der sich bei der Art der Hausagitation ergibt, daß man die unorganisierten Kolleginnen und Kollegen je einzeln für sich aufsuchen und sich in Ruhe mit ihnen auseinandersetzen kann. Die durch die Umwelt des Arbeitsplatzes störenden Hindernisse für die Gewinnung fehlen; meist ist es in der häuslichen Atmosphäre des Feierabends eher möglich, eine ruhige, sachliche Aussprache herbeizuführen. Freilich ist in jedem Falle eine kluge, vorsichtige Behandlung des einzelnen die Voraussetzung des Erfolges. Hierfür jedesmal die rechte Art zu finden, ist eine Kunst für sich, die nur durch Erfahrung gelernt wird. Unerlässlich ist jedoch der Versuch hierbei,

Die Gründe

kennen zu lernen, die den unorganisierten Kollegen vom Verbandsfernehalten haben. Gelingt das, so ist damit schon der Schlüssel gefunden zu den Argumenten, die man gebrauchen muß, um den unorganisierten Kollegen zum Beitritt zu bewegen. Erfahrungs-gemäß sind diejenigen unorganisierten am leichtesten zu gewinnen, die aus einer gewissen Unwissenheit oder falschen Auffassung über die Bedeutung und Aufgaben des Verbandes abseits stehen; sie zwingt oft der Hinweis auf die Vor-

teile des Verbandes, die positive Aufklärung und Aufhellung der Mißverständnisse — ganz besonders die Aufforderung, daß man sich nicht als Außenstehender oder gar als Schmarotzer an der übrigen Kollegenschaft anschließen dürfe aus der gemeinsamen Front derer, die für die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterchaft kämpfen und Opfer bringen.

Dem möglichen Einwurf, der entweder aus Kurzsichtigkeit oder falschem Selbstvertrauen entsteht, man könne sich selber helfen und brauche dazu keine Organisation, wird man allerdings auch gewappnet gegenüberstehen müssen. Meist wird gerade dieser Einwurf von denen erhoben, die ihrer inneren Zugehörigkeit nach zu der großen Gruppe unorganisierter gehören, die aus reiner Scheu vor dem Beitrag abseits stehen. Hier gestaltet sich die Agitation schwieriger, weil gutmütige Erläuterungen meist den Zweck verfehlen und alle schönen Gründe an der Selbstsucht und der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit, die jene oft Sparsamkeit nennen, scheitern. Auch hier wird ein erfahrener Gewerkschaftler vor allem aus dem eifrigen Studium des Verbandsorgans mit Einwänden und mißlichen Waffen nicht in Verlegenheit geraten.

Die schwerste Arbeit

machen den Werbern in der Regel die Kolleginnen und Kollegen, die früher einmal organisiert gewesen und dann aus irgend welchen Gründen wieder aus der Bewegung ausgetreten sind, besonders dann, wenn die Beweggründe hierfür persönlichen Reibungen mit organisierten Kollegen, Betriebsvertretungen, Gewerkschaftsangehörigen usw. entspringen sind. Denn in solchen Fällen gelingt nur selten der Versuch, über die persönliche Verbitterung hinweg von neuem für den Verbandsgedanken durch Hinweis auf die großen, gemeinsamen und sachlichen Aufgaben und Ziele Verständnis zu erwecken.

Neben den genannten Typen gibt es noch manche andere, die in ihrer Mannigfaltigkeit im einzelnen anzuführen unmöglich ist. In der Gewinnung jedes dieser unorganisierten Kollegen und Kolleginnen gibt es jedenfalls kein „Unmöglich“.

Bildet die Hausagitation die Hauptgrundlage aller Agitationsarbeit, so dürfen daneben alle anderen vorhandenen Möglichkeiten keineswegs außer acht gelassen werden.

Jeder Organisierte sollte es sich zur Pflicht machen, überall und bei jeder Gelegenheit, vor allem im Betriebe, während der Arbeitspausen, auf dem Wege von und zur Arbeit in Gegenwart von unorganisierten Kollegen die Unterhaltung auf den Verband zu bringen, um so praktische Werbearbeit zu leisten.

Nur bei solch intensiver Vorarbeit werden eigens veranstaltete Werberveranstaltungen, Flugblätter und Hinweise in der Presse einen sichtbaren Erfolg versprechen.

Ein allgemein gültiges Rezept für die Veranstaltung der Werbung gibt es natürlich nicht. Die Erfahrung wird hier immer den rechten Ausweg finden. Deshalb sollten diese Ausführungen nichts sein als Hinweise und Anregungen. Wo immer ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß alle Kolleginnen und Kollegen in der praktischen Auswirkung dieses Willens zur Agitation miteinander wetteifern, das ist das Hauptgebot der Stunde!

Die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung im Jahre 1928

Die Träger der Invalidenversicherung verwenden alljährlich erhebliche Mittel, um den Eintritt der Invalidität der Versicherten nach Möglichkeit hinauszuschieben. Die Gesundheitsfürsorge betrifft vor allem die Bekämpfung der großen Volksleiden, sie dient jedoch auch der allgemeinen Besserung der gesundheitlichen Lage der versicherten Bevölkerung. Sie ist eine freiwillige Leistung der Invalidenversicherung, und zwar die einzige Leistung während der Wartezeit.

Im Jahre 1928 wurden 223 136 Männer und 148 708 Frauen von den Trägern der Invalidenversicherung in Heilbehandlung genommen, zusammen also 371 844 Personen oder 21 v. H. mehr als 1927 (306 607) und 142 v. H. mehr als 1913 (163 636). Die Invalidenversicherung hat also nach dem Kriege die (billigere) nichtständige Heilbehandlung besonders ausgebaut; erst 1928 wies auch die ständige Heilbehandlung absolut eine stärkere Zunahme auf.

Die Kosten stellten sich im Berichtsjahre auf 72,1 Millionen Reichsmark und waren damit um 26,7 v. H. höher als 1927 und um 111,3 v. H. höher als 1913. Auf eine behandelte Person entfielen im Durchschnitt 194 RM. gegen 186 RM. im Jahre 1927 und 222 RM. im Jahre 1913. Von dem Gesamtbetrag von 72,1 Millionen RM. gingen jedoch nur 50,3 Millionen RM. zu Lasten der Invalidenversicherung, während die restlichen 21,8 Millionen RM. von anderen Zweigen der Sozialversicherung, Gemeinden usw. getragen wurden.

Im Vordergrund der Heilbehandlung steht der Kampf gegen die Tuberkulose. Im Berichtsjahre ist nach dem Stande im Vorjahr sowohl die Zahl der wegen Tuberkulose behandelten Personen (45 013 oder 2,7 v. H. mehr als 1927) als auch der Kostenaufwand (30,0 Millionen RM. oder 16,5 v. H. mehr als 1927) erneut gestiegen.

Einer Heilbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten wurden im Berichtsjahre 18 131 Personen — überwiegend ambulanzmäßig — gegen 13 497 im Vorjahr unterzogen. Der Gesamtaufwand für die Heilbehandlung von Geschlechtskrankheiten betrug 1,7 Millionen RM. im Jahre 1928.

Wegen „anderer Krankheiten“ sind im Berichtsjahre 84 676 Personen einer ständigen und 224 024 Personen einer nichtständigen Heilbehandlung mit einem Kostenaufwand von 27,2 Millionen RM. und 13,1 Millionen RM. unterzogen worden.

Von der Gesamtzunahme der durch die Träger der Invalidenversicherung einer Heilbehandlung unterzogenen Personen entfiel der Hauptteil (gegenüber 1927 68 v. H. gegenüber 1913 77 v. H. der Zunahme) auf die Zahnbehandlung.

Zur Durchführung der Heilbehandlung verfügten die Träger der Invalidenversicherung über 114 Heilstätten mit Betten für 8522 Männer, 5142 Frauen und 1840 Kinder, zusammen also über 15 513 Betten gegen 14 897 im Vorjahr und 9163 im Jahre 1913. Mehr als die Hälfte der Betten entfiel auf eigene oder gemietete Lungenheilstätten.

Die Versicherungsanstalten können außer für die eigentliche Heilbehandlung der Versicherten auch Mittel zur allgemeinen Besserung der gesundheitlichen Lage der versicherten Bevölkerung (auch für nichtversicherte Ehefrauen und Kinder der Versicherten) aufwenden. Von dieser Ermächtigung haben die Versicherungsanstalten in steigendem Umfange Gebrauch gemacht und im Berichtsjahre hierfür 18,1 Millionen RM. gegen 13,8 Millionen RM. im Vorjahr aufgewandt. Im Vordergrund steht auch hier der Kampf gegen die Tuberkulose, auf den über die Hälfte der Aufwendungen entfiel. Namhafte Beträge werden ferner für die Kinderfürsorge und zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten ausgegeben.

Die Gesamtausgaben für die Gesundheitsfürsorge der Invalidenversicherung stellten sich im Berichtsjahre auf 92,1 Millionen RM., nach Abzug der Ersatzleistungen durch andere Kassen auf 70,3 Millionen RM. gegen 55,4 Millionen RM. im Jahre 1913. Diese starke Erweiterung der Gesundheitsfürsorge ist den Versicherungsanstalten vor allem durch die Zuschüsse an die Invalidenversicherung aus Zollmitteln in Höhe von 40 Millionen RM. ermöglicht worden.

Glück auf, du stolzes Schiff!

Von einem jungen Gewerkschaftskollegen erhalten wir folgende Zuschrift:

Die christlichen Gewerkschaften haben in diesem Jahre ihr 30 jähriges Bestehen gefeiert. 30 Jahre sind seit der Gründung vergangen. 30 Jahre ist um den Aufstieg der Arbeiterschaft gekämpft und gestritten worden. Trotz heftiger Widerstände der Andersgesinnten ist mancher Sieg errungen worden und ist der Verband an Mitgliedern stark gewachsen. Reiche Frucht ist so aus dem Samen, den die Gründer gestreut haben, hervorgegangen. Besonders die Jugend steht geschlossen hinter den Führern. Dies sehen wir am besten, wenn wir das Reichsjugendtreffen der christlichen Gewerkschaften vom 5. und 6. September

1928 mit dem Treffen am 10. und 11. August dieses Jahres vergleichen. Doch stehen noch immer viele abseits. Noch immer sehen viele dem Ringen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft zu, mit den Händen in der Hosentasche. Diese in unseren christlichen Verband einzubringen, ist unsere erste Pflicht. Unsere Parole muß hier lauten: Hinein in den christlichen Verband, an die Front der kämpfenden Arbeiterschaft. Wenn wir uns so bemühen, alle noch abseits Stehenden in den christlichen Verband hineinzubringen, dann werden wir die Ziele erreichen, die wir erreichen wollen und sollen. Dann: „Glück auf, du stolzes Schiff einer geschlossenen Arbeiterschaft; durch die Sturmwellen hinein in den Hafen einer besseren Zukunft!“

Darum denkt an die Werberpflicht! S. K.

Wohlfahrtsbriefmarken!

Am 1. November werden wieder Wohlfahrtsbriefmarken herausgegeben, die bis zum 30. Juni 1930 Gültigkeit haben. Die Marken, die bei der Post und bei allen Wohlfahrts-Organisationen erhältlich sind, werden mit einem geringen Aufschlag verkauft, der einem besonderen Zwecke zugute kommt. Zur Ausgabe gelangen 5 Pfennig-Marken zum Verkaufspreis von 7 Pfennig, 8 Pfennig-Marken mit 12 Pfennig, 15 Pfennig Marken mit 20 Pfennig, 25 Pfennig-Marken mit 35 Pfennig, 50 Pfennig-Marken mit 80 Pfennig. Ferner wird eine amtliche Stempelkarte mit eingedruckter 8 Pfennig-Marke zum Verkauf von 12 Pfennig zur Ausgabe gebracht. Markenheftchen zum Preise von RM. 1,50 enthalten sechs 5 Pfennig-Marken, vier 8 Pfennig-Marken und drei 15 Pfennig-Marken gelangen ebenfalls zur Ausgabe. Die Wohlfahrtsbriefmarken sind vollwertige amtliche Postwertzeichen, gültig zur Frankierung aller Postsendungen nach dem In- und Ausland. Die Erträge der Wohlfahrtsbriefmarken dienen zur Vinderung materieller Notstände im ganzen Reichsgebiete. In diesem Jahre soll der Ertrag in erster Linie für die Jugend Verwendung finden und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Erholungsfürsorge für die noch nicht schulpflichtigen Kinder und ihre Mütter, sowie für die schulentlassenen Jugendlichen. Die Wohlfahrtsbriefmarken sind auch bei den Ortsausstellungen des Zentralwohlfahrtsausschusses christlicher Arbeiter zu haben. Diejenigen, die Marken verkaufen oder vertreiben wollen, mögen sich an diese Stellen wenden. Den Umsatz des Zentralwohlfahrtsausschusses christlicher Arbeiter zu heben, liegt in unserem eigenen Interesse, denn 80 Prozent des Wohlfahrtsaufschlages verbleiben den örtlichen Vertriebsstellen. Jeder Verkauf bringt also diesen Stellen Geld für ihre Fürsorgeaufgaben, z. B. Entsendung von Hilfsbedürftigen in Erholungshäuser, Zuschüsse für Erholungsaufenthalte, Beihilfe für Wanderungen und Tagungen erholungsbedürftiger Jugendlicher, Beihandlungsleistungen, Unterstützung kinderreicher Familien, Erholungsfürsorge für Mütter. Unverkaufte Marken werden zurückgenommen. Der gesamte Ertrag wird nach Abzug der 80 Prozent, die die örtlichen Vertriebsstellen für sich behalten dürfen, verteilt auf die einzelnen Landesausstellungen und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege. In den letzten Tagen wurden aus dem Ertrag vom Jahre 1928 200 000 RM. ausgeschüttet und 118 000 RM. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Reichshilfe zur Verfügung gestellt. Es wäre zu wünschen, daß dieser Ertrag

gesteigert wird, damit im kommenden Jahre zur Vinderung der Not noch mehr getan werden kann als im verflohenen.

Textile Technik

Inhaltsverzeichnis der Lieferung 11 der Weltland-Textilberichte, Heidelberg.

Mechanisch-technischer Teil. Lindemeyer: Der Hocherzug in der Spinnerei. — Dertel: Ueber die Geschwindigkeitsregelung bei den Ringspinnmaschinen. — Loeschner: Figur-Scheindreher. — Schäfer: Kettenbaumbremsen und Kettenbaumregulatoren. — Grenzdröfer: Kaskelarbeiten mit dem Schlingplüßgezerter. — Worm: Vereinfachung von Zeichnungen in der Kettenweberei.

Textile Forschungsberichte. Bartisch: Ueber Zerstörungsformen von Wolllhaaren und Baumwollfasern. — Praktische Anwendung der Analysen-Quarzlampe. — Sommer: Die Bestimmung der mittleren Faserlänge und des Stapelabgramms langfaseriger Gespinne.

Chemisch-technischer Teil. Schollefeld: Die Wirkung des Lichts auf mit gewissen Küpenfarbstoffen gefärbte Baumwolle. — Brandenburger: Selenbromfarbstoffe auf Aetatseide und Aetatseidenmischgewebe. — Angerer: Moderne Apparate-Strumpf-Färberei. — Ström: Der heutige Stand der Mottensicht-Imprägnierung mit Sulan. — Pomeranz: Nehen, Färben und Waschen. — Viktorow: Beeinflussung der Nuance des roten Alizarinlachs durch die Anionen der Beize. — Weich: Kolloidchemische Grundlagen der Färberei und Druckerei. — Moderne Entwürfe für textile Drucke. — Tschilkin: Stickstoff in Baumwolle und Leinen. — Mitfessel: Die Baumwollweibelbleiche mit Nephel. — Günlich: Dekatieren oder Schränken.

Weltzeitungsschau. Weltzeitungsschau. — Neue Bücher. — Neue Farbstoffe, chemische Präparate und Musterkarten. — Technische Auskünfte, Fragen. — Antworten. — Gesuchte Bezugsquellen.

Neue Erfindungen. Patentliste. — Patentberichte. **Betriebstechnik, Organisation.** Brandt: Neuzzeitliche Warmwirtschaft in der Textilindustrie, Fortschritte und Verbesserungen. — Freitag: Hochdruckdampf nach dem Bensonverfahren. — Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen. — Gutherlet: Neue Kurzschlusshermotoren für den Antrieb von Ringspinn- und Zwillingsmaschinen.

Wirtschaftlicher Teil. Direktor Franz 20 Jahre in der Leitung der H. Kötner AG. — Der 14. Internationale Baumwollkongress. — Direktor Konrad Walter Gottfried Nummer 1 — Geheimrat Clemens Martini, August 70 Jahre alt. — Verschiedenes. — Vereinsnachrichten, Fachschulnachrichten, offene Stellen.

Bücher und Schriften

(Empfehlenswerte Bücher des Christlichen Gewerkschaftsverlags.)

Aus unserem großen Weihnachtsgesamtheit greifen wir die nachstehenden Bücher deshalb heraus, weil die Preise hierfür tatsächlich unglaublich billig sind:

1. **Das schöne Deutschland.** Landschaft, Kunst und Kultur. Großes Ausstattungswerk mit 336 Seiten Text, 306 Abbildungen nach meist preisgekrönten Photographien und acht Kunstdrucktafeln. In Ganzleinen-Geschenkband mit Goldprägung.

Dieses Buch erschließt durch Wort und Bild die Schönheiten unseres Vaterlandes und ist deshalb ein ganz hervorragendes Geschenk für sich und andere. Der Preis ist — man soll es nicht glauben — nur M. 3,85 einschließlich Porto. Bei Mehrbezug noch billiger. Dasselbe Buch in Halbleder nur M. 5,—.

2. **Der kleine Brehm.** Ausgewählte Tierarten aus der zweiten Auflage des weltbekanntesten Hauptwerkes „Brehms Tierleben“. Mit 116 Abbildungen im Text, 25 ganzseitigen Tafeln und vier Tafeln in Farbendruck. 886 Seiten, Großformat. Preis in Ganzleinen gebunden M. 3,85 einschließlich Porto.

3. **Thomas Mann, Buddenbrooks.** Umfang 736 Seiten. Dieser Zeitroman, einer der besten des Dichters, in dem der Verfall einer vornehmen Kaufmannsfamilie geschildert wird, war bisher nur zum Preise von M. 17,— (zwei Bände) zu haben. Es ist wirklich eine verlegte Glanzleistung, die Anschaffung dieses Werkes nunmehr jedem ermöglicht zu haben. In Ganzleinen gebunden nur M. 2,85.

4. **Kröners Handlexikon für alle Wissensgebiete.** 900 Seiten, 32 Tafeln. Gibt Antwort auf 100 000 Fragen. Wöllig neu bearbeitet und bis auf die Gegenwart fortgeführt. Dieses Konversationslexikon im kleinen müßte jeder, der auf die großen Werke verzichten muß, besitzen. In Ganzleinen gebunden nur M. 3,80.

Weitere Angebote siehe in einem anderen Inserat oder können von uns direkt angefordert werden. Die Preise sind einschließlich Porto. Bei größeren Sammelbestellungen tritt eine besondere Preisermäßigung ein. Um Nachnahmekosten zu sparen, bitten wir um Voreinsendung auf unser Postfachkonto: Berlin 42 229. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

Drosselung des Wohnungsbaues

Bisher waren Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden darauf bedacht, den Wohnungsbau zu fördern. Man redete wenigstens im Reichstag, Landtag und in den Stadtparlamenten sehr viel darüber. Erst vor wenigen Monaten beschäftigte sich der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat mit den vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen. Der Reichsarbeitsminister schätzte den laufenden Zuwachsbedarf bis 1930 auf jährlich 225 000 Wohnungen, von 1931 bis 1935 auf jährlich 250 000 und von 1936 bis 1940 auf jährlich 190 000 Wohnungen. Dazu kommt ein Rückstand von rund 550 000, der durch die schon in der Vorkriegszeit unzureichende Versorgung mit Kleinwohnungen und das Darunterliegen der Bautätigkeit in den Jahren nach dem Kriege entstanden ist. Der Ersatzbedarf für abbruchreife Altwohnungen und auf die Dauer nicht brauchbare Not- und Helferswohnungen wird geschätzt auf 300 000, die sich jährlich um weitere 30 000 vermehren. Dazu kommt ein Bedarf auf Grund der übermäßigen Belegung vieler Wohnungen. Der Regierungsentwurf schätzt die Zahl derselben auf 750 000, der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen sogar auf 800 000 bis 900 000. Für industrielle und landwirtschaftliche An- und Umfledlungen wird ein neu entstehender Wohnungsbedarf auf jährlich 175 000 geschätzt, wobei allerdings an anderen Orten zur Deckung des übrigen Bedarfs eine Anzahl Wohnungen frei werden.

Diese Zahlen wurden im August d. J. festgestellt und die Angewandtheit daraus gezogen, daß noch mehr als bisher zur Behebung der fürchterlichen Wohnungsnot und des furchtbaren Wohnungselends gefehle. Jetzt kommt drei Monate später der Vorstand des Deutschen Städtetags und stellt in einer Sitzung vom 31. Oktober fest, daß viel zu viel Wohnungen gebaut werden, und daß die Verschuldung der Kommunen vor allem zurückzuführen sei auf die gewaltige Kräfteanstrengung, die im letzten und im laufenden Jahre zur Überwindung der Wohnungsnot unternommen wurde, und daß man der Bewilligungsfähigkeit der Stadtparlamente ein einschneidendes „Nein“ entgegenzusetzen müsse. Man fürchtet sogar, wenn so weiter gebaut wird, im Jahre 1935 eine Katastrophe, weil die Wohnungsnot schneller behoben ist, als man bisher angenommen hat. Der einstimmige Beschluß der Städte geht deshalb dahin, sofort eine weitgehende Einschränkung bei öffentlichen Neubauten eintreten zu lassen und die vorliegenden Wohnungsbauprogramme zu revidieren und zu strecken.

Gewiß schirmen die Gemeinden nicht im Gelde. Eine Konsolidierung der Finanzwirtschaft ist unbedingt notwendig. Aber ob das gerade auf Kosten des Wohnungsbaues geschehen muß, bedarf noch einer eingehenden Erörterung. Immer wieder sind die Wohnungssuchenden, die Minderbemittelten, die Kinderreichen und die Arbeitslosen, die Leidtragenden. Besser situierte haben Wohnungen. Sie wissen nichts von Wohnungsnot und von Wohnungselend. Sie erscheinen in der letzten Statistik der Wohnungszählung nicht unter den Familien, die mit zwei und drei Familien eine Kleinwohnung gemeinsam bewohnen müssen. Zur selben Zeit, da Herr Oberbürgermeister Dr. Adenauer auf dem Städtetag erklärt, der Wohnungsbau müsse eingeschränkt werden, veröffentlicht die „Rölnische Zeitung“ (4. Oktober) eine Statistik, aus der hervorgeht, daß in Köln trotz der „mit übermäßigem Eifer und stilllichem Erfolg durchgeführten Wohnbautätigkeit in Köln sich die Zahl der Wohnungssuchenden am 31. Juli d. J. immer noch auf 22 163 beziffert“. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der Bedarf sich auf Klein- und Kleinstwohnungen erstreckt, und ferner, daß die Zahl der kinderreichen Familien (mit vier und mehr Kindern, mindestens eins unter 18 Jahren) 15 414 beträgt, von denen 62 in je einem Wohnraum wohnen, 1632 in zwei Wohnräumen, 4076 in drei Räumen usw. In anderen Großstädten ist das Bild genau so groß, wenn nicht noch größer. In Berlin stieg die Zahl der Wohnungssuchenden sogar auf 271 000, von denen über 120 000 Familien ohne eigene Wohnung sind.

Angeichts dieser furchtbaren Zahlen jetzt einer Einschränkung des Wohnungsbaues das Wort zu reden, kennzeichnet die soziale Einstellung der Oberhäupter unserer Großstädte. Weshalb wird nicht auf anderem Gebiete gespart? Muß denn jede Großstadt in jedem Jahre ein halbes Dutzend Ausstellungen haben, die Millionen verschlingen? (Für die Berliner Bauausstellung werden vorläufig 20 000 000 RM. aus Gemeindemitteln aufzuwenden sein. Welche Zuschüsse die Ausstellungen in Frankfurt, Stuttgart, Köln, Breslau usw. erfordert haben, wird nie in allen Einzelheiten bekannt werden.) Weshalb müssen sich die Städte in der Errichtung großer Stadthallen, Stadions, Prachtbaine überbieten? Weshalb werden für städtische Theater, Unterhaltung von Orchestern usw. Millionen aufgewandt, die gewiß nicht den Minderbemittelten zugute kommen? Weshalb werden Millionen für eine Verbesserung des städtebaulichen Bildes verbraucht, auch dort, wo es nicht immer notwendig ist, um weshalb werden Millionen und Übermillionen für Straßendurchbrüche, Abrisse fast neuer Gebäude und Wohnviertel aufgewandt und dem Verkehr geopfert, auch dort, wo es andere Verkehrsmittel zur Regelung des Verkehrs gäbe? Weshalb werden durch den komplizierten Verwaltungsapparat, an deren Abbau sich niemand heranwagt, Summen verschlungen, die für andere Zwecke wirklich besser angewandt wären? Der Leerlauf des Verwaltungsapparates kostet den Gemeinden viele Millionen. Weshalb müssen die Gemeinden durch Experimente, wie Gründung von Gesellschaften und dergl., die Großen der Steuerzahler in solchem Maße in Anspruch nehmen, daß für andere wichtige Zwecke kein Geld mehr vorhanden ist? Daß noch erhebliche Summen der Korruptionswirtschaft mancher Städte zum Opfer fallen (man denke an den Fall Schlarek in Berlin, an die Bestechungsaffäre in Breslau usw.), ist auch den Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen bekannt.

Es ist auch gar nicht einmal richtig, daß der Wohnungsbau die Gemeindefinanzen allzu stark in Anspruch nimmt. Nach der „Rölnischen Zeitung“ Nr. 544 a wurden in den Jahren von 1921 bis 1928 in Köln 95,5 Millionen RM. für den Wohnungsbau aufgewandt. Davon standen 58,13 Millionen aus der Hauszinssteuer zur Verfügung, während 38,42 Millionen aus Anleihen und anderen städtischen Mitteln entnommen werden mußten. Das würde also bedeuten, daß durchschnittlich jährlich 10 Millionen RM. aus Anleihen und anderen städtischen Mitteln für den Wohnungsbau aufgewandt wurden. In Berlin waren es vor zwei Jahren etwa 30 Millionen RM., und im verflochtenen Jahre sind für ein Zusatzwohnungsbauprogramm 15 Millionen RM. bewilligt worden. Der Wohnungsbau wird doch hauptsächlich aus Mitteln der Hauszinssteuer und durch Anleihen bzw. private Mittel finanziert. Die Zuschüsse der Stadt für Zinsbewilligung oder Unterstützung des Wohnungsbaues spielen bei den Millionen- oder gar Milliardenetats nicht die Rolle, die man ihnen jetzt beilegen möchte.

Eine neue Kampfaktik der Arbeitgeber? Industrielle Querverbindungen.

In den ersten Monaten des Jahres 1930 laufen eine Anzahl größerer Tarifverträge ab, so z. B. im Monat März die Lohn- und Tarifverträge für das gesamte Baugewerbe, ein Drittel der Gemeinden, Teile der Metallindustrie, der Textilindustrie, der Industrie der Steine und Erden und des Holzgewerbes. Ueber die Haltung der Arbeitgeber bei den dann notwendig werdenden Lohnverhandlungen macht die Zeitschrift des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands recht interessante Mitteilungen. Sie stützt sich auf Ausführungen von Direktor Raabe von der Maschinenbau-Unternehmungen-AG., Abt. Schleh-Defries. Diese Ausführungen lauten:

„Auch bei der nächsten Verhandlung kann eine allgemeine Lohnerhöhung, mag die Wirtschaftslage sein wie sie will, nicht gegeben werden. Bei schlechter Wirtschaftslage muß unbedingt zu einem Abbau der Löhne geschritten werden. . . .“ Die Nordwestliche Gruppe ist in einer günstigen Lage, da sie über eine große Geschlossenheit verfügt und über ihre Arbeiterzahl hinaus weitere große Massen in kürzester Zeit in den Kampf hineinzieht. Ebenso ist es klar, daß der Bergbau in kürzester Zeit in den Kampf Nordwest hineingezogen wird, und bei der Verbundenheit der weiterverarbeitenden Industrie von ganz Deutschland mit der Nordwestlichen Gruppe kommen auch weite Gebiete dieser Industrie sehr schnell zum Erliegen. . . .“ Werden Querverbindungen gemacht mit der weiterverarbeitenden Industrie, Kohle, Chemie, Textil- und Elektrotechnik, die in kürzeren Abständen in immer größere Kampfgelände schaffen, dann wird allein schon das Bekanntwerden dieser Verträge Arbeitskämpfe aus alltäglichen Gründen verhindern.“

Diese Ausführungen zeigen, daß von der Nordwestlichen Gruppe ausgehend die Schaffung von Querverbindungen mit anderen Industriegruppen, insbesondere der weiterverarbeitenden Industrie, versucht wird, um bei einem Arbeitskampf sofort

das Kampfgebiet über die größten Wirtschaftsgebiete Deutschlands auszudehnen.

Es handelt sich bei diesen Versuchen um eine neue Taktik in der Austragung von Arbeitskämpfen. Man sucht dabei den Kampf kleiner Industriegruppen auf eigene Faust zu vermeiden, um umso kräftiger alle vorhandenen Möglichkeiten einheitlich zu einem großen Generalangriff ganzer Industriezweige und örtlicher Wirtschaftsgebiete einzusetzen. Von der Brauchbarkeit dieser Taktik ist man anscheinend so überzeugt, daß schon allein die Drohung mit dem Ausbruch dieses Kampfes die Dessenlichkeit so einschüchtern werde, daß man die Anwendung dieses Mittels nicht mehr nötig habe.

Wir haben als Arbeitnehmer alle Ursache, diese Politik der Arbeitgeber genau zu beobachten. Daß sie notwendigerweise zu einem großen Zusammenstoß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen muß, bedarf keiner Frage. Die Absicht der Arbeitgeber zu vereiteln, gibt es nur ein wirksames Mittel: machtvoller, entsprechender Ausbau unserer Gewerkschaftsbewegung.

Die Pläne der Arbeitgeber zeigen aufs neue die Notwendigkeit unseres staatlichen Schlichtungswesens. Nur ein Schlichtungswesen, das die Macht hat, Zwangsschiedsprüche zu fällen, kann die Arbeitgeber hindern, ihre Machtvollkommenheit ungehemmt zur Anwendung zu bringen. Verhängnisvoll aber wäre es für uns, wenn wir uns auf diese geschlichen und staatlichen Mittel verlassen. Unsere Waffe, mit der wir kämpfen müssen, liegt im Vertrauen auf die Macht der Selbsthilfe innerhalb der Arbeiterschaft. Hier müssen wir bewahren, daß allein die gewerkschaftliche Organisation imstande ist, den Querverbindungen, und ihrem Auswirken im Sinne der Arbeitgeber erfolgreich entgegenzutreten. Die Arbeiterschaft tut gut daran, an dem äußeren und inneren Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Front unablässig zu arbeiten, damit restlos alle erfasst werden, die bei einem Ausbruch des Arbeitskampfes erziehungsgemäß alle gleichermäßen die Leidtragenden sind.

Die Wohnungssuchenden wehren sich dagegen, daß die Finanzen der Stadt auf ihre Kosten in Ordnung gebracht werden sollen, ebenso die Arbeitslosen, deren Zahl bestimmt bei einer Einschränkung des Wohnungsbaues steigt. Bei einer Verlängerung der Wohnungsnot werden größere Mittel aufgewandt werden müssen für Spiel- und Sport, für Kindererziehung, für Wiederherstellung der durch das Wohnungselend heruntergewirtschafteten Gesundheit. Ganz abgesehen davon, daß auch die Arbeitskraft durch die elenden Wohnverhältnisse in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Das letzte Wort über den Beschluß des Deutschen Städtetages darf deshalb noch nicht gesprochen sein.

Die Berechnung der Witwen- und Waisenrente

Bekanntlich erhält die Witwe des verstorbenen Versicherten — falls sie invalide ist oder das 65. Lebensjahr erreicht hat — eine Witwenrente. Voraussetzung für die Gewährung der Witwenrente ist außerdem die Erfüllung und Aufrechterhaltung der Anwartschaft durch den verstorbenen Versicherten bis zu seinem Tode. Der verstorbene Versicherte mußte also bis zu seinem Tode als Pflichtversicherter mindestens 200 und als Selbstversicherter mindestens 500 Beiträge geleistet haben. Die Witwenrente setzt sich zusammen aus dem Reichszuschuß von 72 Mark jährlich und aus dem Grundbetrage und den Steigerungsbeträgen der Invalidenrente, die der Versicherte bezog oder bei Invalidität bezogen hätte. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß nicht die volle Summe aus Grundbetrag und Steigerungsbeträgen gewährt wird, sondern nur sechs Zehntel dieser Summe. Zum besseren Verständnis lassen wir die Berechnung einer Witwenrente hier folgen.

Ein Versicherter hatte bis zu seinem Tode folgende Beiträge geleistet:

Table with 2 columns: Beitragsmark, Klasse. Rows: 150 Beiträge der Klasse II, 530 " " " III, 520 " " " IV, 610 " " " V, 115 Inflationsbeiträge

Ab 1. Januar 1924:

Table with 2 columns: Beitragsmark, zu 100 Bfg. Rows: 50 Beiträge zu 100 Bfg., 54 " " 120 Bfg., 117 " " 150 Bfg.

Die Rente für die Witwe dieses verstorbenen Versicherten beträgt:

Table with 2 columns: Beschreibung, Betrag. Rows: 1. Reichszuschuß = 72.- Mk., 2. 2/10 des Grundbetrages von 168 Mk. = 100,80 Mk., 3. 2/10 der Steigerungsbeträge: 150 Beiträge der Klasse II (= 150 x 8 Bfg.) = 12.- Mk., 530 " " " III (= 530 x 14 ") = 74,20 " , 520 " " " IV (= 520 x 20 ") = 104.- " , 610 " " " V (= 610 x 30 ") = 183.- " , 11 Inflationsmarken keine Steigerung, 550 Beiträge à 100 Bfg. hiervon 20% = 10.- Mk., 54 " " 120 " 20% = 12,96 " , 117 " " 150 " 20% = 35,10 " , Summe der Steigerungsbeträge = 431,26 Mk., hiervon 2/10 = 258,76 Mk., Die Rente beträgt demnach jährlich = 431,56 Mk. oder pro Monat = 35,96 Mk.

Für den Fall, daß die Witwe aus eigenen Leistungen an die Versicherung eine Anwartschaft erworben und diese Anwartschaft auch aufrecht erhalten hat, besteht Anrecht auf Invaliden- und Witwenrente. Sie erhält dann die höhere Rente voll und die niedrigere ohne Kinderzuschüsse zur Hälfte. Hätte also bei obigem Beispiel die Mutter aus eigenen Beitragsleistungen eine Rente von jährlich 350.- M. zu beanspruchen, so würde sie die Witwenrente mit 431,56 M. voll und ihre eigene Invalidenrente von 350.- M. zur Hälfte erhalten. Die Witwe würde also zusammen 691,56 M. im Jahre beziehen.

Die Waisenrente setzt sich zusammen aus dem Reichszuschuß von 36.- M. und fünf Zehntel aus Grundbetrag und Steigerungsbeträgen der Invalidenrente, die der verstorbene Versicherte bezog oder bei Invalidität bezogen hätte. In obigem Beispiel würde die Waisenrente für jede Waise sich wie folgt berechnen:

Table with 2 columns: Beschreibung, Betrag. Rows: 1. Reichszuschuß = 36.- Mk., 2. 5/10 vom Grundbetrag = 86.- " , 3. 5/10 der Steigerungsbeträge = 215,63 " , Die jährliche Waisenrente beträgt = 337,63 Mk.

Die Waisenrente wird für jede unter 15 Jahre alte Waise gewährt. Erhält das Kind über das 15. Lebensjahr hinaus Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente für die Dauer dieser Ausbildung gewährt, jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Ist das Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres durch körperliche oder geistige Gebrechen nicht in der Lage, sich selbst zu unterhalten, so wird die Rente so lange gewährt, als dieser Zustand andauert.

Saisonarbeiterunterstützung ab 9. Dezember 1929

Bekanntlich hatte der Reichsarbeitsminister die Absicht, den Beginn des Zeitraumes der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit für den Winter 1929/30 für das ganze Reich festzusetzen. Diese Festsetzung ist nunmehr am 8. November mit Datum vom 9. Dezember 1929 erfolgt. Der Personenkreis, der in der Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt über berufsbüchliche Arbeitslosigkeit seinerzeit abgegrenzt wurde, wird sich nur in unwesentlichen Einzelheiten ändern. Erwähnenswert ist, daß der Verwaltungsrat bereits für den November von seiner Vollmacht in Bezug auf Landarbeiter Gebrauch gemacht hat. Es ist verordnet worden, daß Arbeitnehmer, die nicht berufsmäßig der Land- und Forstwirtschaft angehören, aber als ländliches Gesinde beschäftigt werden, für den Fall der Arbeitslosigkeit als versichert gelten, wenn sie in Stellen beschäftigt sind, die nur während eines Zeitraumes von weniger als 36 Wochen innerhalb eines Jahres befehligt zu sein pflegen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie

Die Arbeitnehmerspitzenverbände einschließlich des Deutschen Beamtenbundes geben eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie sich schärfstens gegen den Reichsverband der deutschen Industrie wenden, der in einer Entschlüsselung dagegen protestiert hat, daß an den Reichsbahnverhandlungen in Paris Vertreter der Eisenbahngewerkschaften teilnehmen. Die in den Spitzen-gewerkschaften vereinten Arbeitnehmer betonen u. a. in der Erklärung, daß sie bisher, um die Verhandlungen über das Reparationsproblem nicht zu gefährden und um dem Ausland gegenüber geschlossen aufzutreten, gegen die einseitige Ernennung von Vertretern von Industrie und Banken als Sachverständige für den Youngplan keinen öffentlichen Einspruch erhoben haben. Nachdem aber der Reichsverband der deutschen Industrie es für angemessen hielt, sogar mitten in den Verhandlungen gegen deutsche Delegierte zu protestieren, mußten die Gewerkschaften offen dagegen Stellung nehmen.

Die Gewerkschaften erheben ebenso scharfen Einspruch dagegen, daß zum Verhandlungsführer für die Saarfrage ein Mitglied der deutschen Industrie ernannt wurde und ersuchen die Regierung, diesen Vertreter alsbald zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne Industriekontrolle zu überlassen.

Aus dem polnischen Textilstreik

Durch den polnischen Textilstreik werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber hart getroffen. Seit Anfang des Monats August rechnet man mit einer Verminderung der Arbeitsleistung von 24,84 Prozent in der Baumwollindustrie und von 18,25 Prozent in der Wollindustrie. In der gleichen Zeit arbeiteten in der Baumwollindustrie 29,9 Prozent der Arbeiter sechs Arbeitstage in der Woche; 12,6 Prozent fünf, zwei Prozent vier und 14,3 Prozent weniger als drei Tage in der Woche; in der Wollindustrie konnten 21 Prozent der Belegschaften sechs Tage in der Woche arbeiten; 32,17 Prozent fünf; 29,31 Prozent vier und 17,52 Prozent nur drei bis zwei Tage. Um den durch den Streik schwer geprägten Arbeitern zu helfen, hat der Reichsarbeitsminister beschlossen, durch außerordentliche Unterstellungen auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 18. Juli 1924 über die Arbeitslosenversicherung den Arbeitern das Leben zu erleichtern, die weniger als drei Tage in der Woche arbeiten, wenn ihr Wochenlohn unter dem für drei Arbeitstage liegt. Diese einmalige Sonderunterstützung war zunächst nur für den Monat Juli vorgesehen, ist aber neuerdings auch auf den Monat August ausgedehnt worden.

Dr. d. W.

